

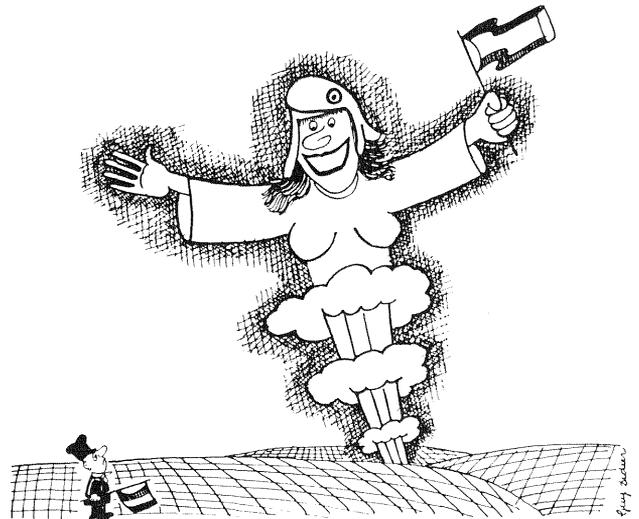
Französische Atompilze in Polynesien

Zu diesem Thema sprach am 3. Juli auf Einladung der "Résistance médicale aux armes nucléaires", und vielen anderen Organisationen, zu denen auch "forum" gehörte, die grüne Abgeordnete im Europa-Parlament Dorothee Piermont, die sich letztes Jahr an der Greenpeace-Aktion im Süd-Pazifik beteiligte und dort auch Kontakte zur lokalen Opposition gegen die Atomtests hatte.

Im Juli 1966, vor 20 Jahren, war es nach mehrjährigen Vorbereitungen soweit. Der erste Atompilz erhob sich über Moruroa. Halbwahrheiten, Hinhalten, Falschinformationen und vor allem Schweigen, Schweigen und wieder Schweigen bestimmten das Verhalten aller französischen Instanzen auf die besorgten Fragen der polynesischen Bevölkerung und ihrer gewählten Vertreter in der Territorialversammlung. Wie Voltaires Candide erhielten sie immer dieselbe Antwort: "Tout est au mieux dans le meilleur des mondes". Seit 1966 erhielt auch die WHO keine Todes- und Todesursachenstatistiken über Französisch-Polynesien mehr.

Dass 1968 Fangataufa durch eine H-Bombe völlig verseucht wurde, dass im selben Jahr die Bevölkerung von Tureia (ca. 120 km nördlich von Mururoa) kontaminiert wurde, niemand erfuhr es. In Neuseeland, mehrere 100 km entfernt, erhöhte sich derweil sprunghaft die Caesium- und Strontium-Kontamination der Milch. Es hagelte Proteste. Greenpeace begann Kampagnen gegen die französischen Atomtests. Die UN-Umwelt-Konferenz und die UN-Generalversammlung verurteilten sie 1972. Neuseeland und Australien klagten 1973 vor dem internationalen Gerichtshof in Den Haag, der ihnen Recht gab. Aber Frankreich stellte sich weiter stur. Es handle sich hier um eine Frage seiner nationalen Verteidigung, Polynesien sei Frankreich, der internationale Gerichtshof sei infolgedessen inkompetent. Proteste der polynesischen Territorialversammlung wurden auf derselben formaljuristischen Ebene abgeblüht: die Versammlung sei für Verteidigungsfragen nicht zuständig. Erst 1975, mehr als ein Jahrzehnt nach Inkrafttreten des von Frankreich nie unterzeichneten "Partial Test Ban Treaty", der atmosphärische Atomtests untersagte, wurden die Tests unter die Erde verlegt. Wie sich die 41 atmosphärischen Tests auf die Gesundheit der Polynesier ausgewirkt hatten, wieviele Opfer sie gefordert hatten oder noch fordern würden, ob und in welcher Weise Meeresfauna, -flora und -sedimente radioaktiv verseucht worden waren (und noch weiterhin werden) blieb (und bleibt) ein undurchdringliches Geheimnis, jedenfalls für die betroffene Bevölkerung, wenn auch vermutlich nicht für die Verantwortlichen des CEP.

1979, nach 2 schweren Unfällen, von denen einer bei einer Versuchsexplosion im Laboratorium 2 Todesopfer forderte und mehrere Kilo radioaktives Plutonium verspritzte, forderte die Territorialversammlung die Einsetzung einer Expertenkommission, um die Gesundheitsschäden bei der Bevölkerung zu untersuchen. Nichts geschah.



Nach einem plötzlichen Sinneswandel des Gaullisten Gaston Flosse erhob die Territorialversammlung erneut diese Forderung (1981). Nichts geschah.

Das biologische Strahlenlaboratorium in Mahina rühmte sich derweil, ständig die Nahrungsmittel der Bevölkerung zu überprüfen. Zu welchen Ergebnissen sie kamen, blieb ein Buch mit 7 Siegeln. Obwohl bekannt war, dass bestimmte, von den Polynesiern besonders viel verzehrte Fisch- und Muschelarten, z. B. Thunfisch und Benitier-Muschel, in besonders hohem Masse Radioaktivität anreichern, wurde nie bekannt gegeben, ob und welche Werte hier festgestellt worden waren.

1982 durfte der französische Beauftragte für Naturkatastrophen, Haroun Tazieff, 1983 eine fünfköpfige Delegation aus Neuseeland, Australien und Papua-Neuguinea für wenige Tage Moruroa besuchen. Zwischen Festessen und Vorträgen der Forscher und Verantwortlichen des Kernforschungszentrums blieb zwar keine Zeit für Entnahme von Proben und eigene Untersuchungen, wohl aber für einen Hubschrauber-Rundflug über dem Atoll. Untersuchungen des Tiefwassers waren nicht möglich. Mediziner gehörten zu keiner der beiden Delegationen. Trotzdem stellten beide "Besuchergruppen" der französischen Regierung den ersehnten Persilschein aus: erhöhte Radioaktivität sei nicht festzustellen, Krebsfälle seien nicht häufiger als anderswo. Dabei stützte sich letztere Behauptung auf sogenannte "Statistiken", die vom französischen Militärarzt in Generalsrang, Chef des CEP-Gesundheitsdienstes, einem sicher nicht unparteiischen Menschen, zur Verfügung gestellt wurden. Sie glänzten vor allem durch ihre skandalöse Lückenhaftigkeit.

Enthielten sie doch keine Daten aus dem Militärkrankenhaus, aus den ca. 80 privaten Arztpraxen, von polynesischen "Heilern", über die Menschen, die auf entfernten Inselchen oder Atollen ohne ärztliche Hilfe leben und sterben, und vor allem über die Menschen, die nicht in Polynesien, sondern in Frankreich, Neuseeland oder Australien behandelt wurden, von einem follow-up derjenigen, die als Soldaten oder Hilfsarbeiter beim Atomversuchszentrum gearbeitet hatten, oder einer Gesamtuntersuchung der 165.000 in Polynesien lebenden Menschen ganz zu schweigen.

Dass sich die Atkinson-Kommission ohne Heranziehung medizinischer Experten aufgrund solch lückenhafter, manipulierter Daten dazu hergab, zu behaupten, die Anzahl der typischen, durch Radioaktivität verursachten Krebsarten wie Leukämie, Schilddrüsen- und Gehirntumoren hätte sich seit Beginn der Tests in Polynesien nicht erhöht, bleibt für mich unbegreiflich. Lieferte sie doch der französischen Regierung auf diese Weise ein angeblich wissenschaftliches Unbedenklichkeitszeugnis, auf das sich französische Instanzen seitdem immer wieder berufen.

Recherchen, wie sie z.B. die Zeitschrift "Actuel" in Polynesien und in französischen Krankenhäusern durchführte und 1981 veröffentlichte, sowie die Zeugnisse, die ich bei meinem Besuch in Tahiti im Oktober 1985 von Betroffenen einholen konnte, lassen genau auf das Gegenteil schliessen. Auch stellt sich die Frage, wozu Frankreich sonst, wie die Zeitung "Le Monde" im Mai 1986 berichtete, bei Paris das zweitgrösste Zentrum für Knochenmark -Transplantationen nach den USA unterhält ...

Doch der Wahrheit auf die Spur kommen, ist aus triftigem Grund äusserst schwierig. Wie ich bei meinem Aufenthalt auf Tahiti im Oktober 1985 erfuhr, und zwar von Angehörigen, deren Verwandte nach längerer Tätigkeit auf Moruroa erkrankt, nach Paris evakuiert und dort verstorben waren, müssen die betroffenen Personen anscheinend vor ihrem Abtransport unterschreiben, dass sie nie, unter keinen Umständen

den zu irgendjemand über Art und Ursache ihrer Erkrankung sprechen werden. Ähnlich wie es das oben angeführte zivil-militärische Dekret von 1983 verlangt!

Forderungen, wie sie z.B. die polynesisch protestantische Kirche seit 1982 jedes Jahr erhebt, dass die polynesisch Bevölkerung in einem Referendum selbst über Ende oder Fortführung der Tests entscheiden solle, da sie auch die Folgen zu tragen habe, verhallen ungehört. Präsident Mitterrand hat die entsprechenden Briefe wie auch einen offenen Brief von 22 Abgeordneten des Europäischen Parlamentes vom Januar dieses Jahres nicht einmal einer Antwort für würdig befunden!

Wer versucht, durch friedlichen Protest die Weltöffentlichkeit auf die Lage der polynesisch Bevölkerung aufmerksam zu machen, muss mit den schlimmsten Reaktionen aller französischen Regierungen rechnen. Nebeneinander stehen unsägliche Brutalitäten wie die Aufbringung des Greenpeace-Schiffes "Vega" bei der David MacTaggart ein Auge verlor, und das staatsterroristische Attentat durch französische Geheimdienst-Beamte gegen die "Rainbow Warrior", das auch Tote bewusst in Kauf nahm. Auf der anderen Seite scheuen die französischen Instanzen, wie meine eigene Erfahrung zeigt, nicht vor illegalen Amtshandlungen zurück. Weil ich auf einer Anti-Atomtest- und Pro-Unabhängigkeits-Demonstration am Bikini-Tag, dem 1. März dieses Jahres gesprochen habe, wurde ich unter Missachtung meiner parlamentarischen Immunität aus Französisch-Polynesien ausgewiesen und mit Einreiseverbot belegt. Und das, obwohl ich Abgeordnete des Europäischen Parlamentes bin, das auch von den Bewohnern von Französisch-Polynesien mit gewählt wird, das sogar bis zu den letzten französischen Parlaments-Neuwahlen am 16. März einen polynesisch Abgeordneten, den Gaullisten Gaston Flosse, in seinen Reihen aufwies. Das Mutterland der Menschenrechte hat es offenbar weit gebracht

Dorothee Piermont